

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

97 (27.4.1931)

# Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-  
setzung und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restame-Millimeter-  
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des  
Schlussjahres, bei gerätlicher Betreuung und bei Kontur außer Kraft tritt. Erklärungs-  
und Geschäftsbedingungen im Anhang. L. 3. o. Schrift der Anzeigen-Anstalt 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Aufbetrunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post  
2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich  
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-  
he L. 3, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe, Haupt-  
straße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12, Kellerei, Rosenstraße 7, Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 97

Karlsruhe, Montag, den 27. April 1931

51. Jahrgang

## 50 Jahre Volkstfreund

Der Jubiläumsakt in der Festhalle

Einen richtigen Massenandrang hatte gestern abend die Festhalle zu bewältigen. Noch selten bot die geräumige Halle ein solches Bild der Fülle. Kopf an Kopf saßen im Saal und auf den Galerien die Parteimitglieder, die es nicht ver-  
stehen wollten, den Volkstfreund an seinem Jubiläum durch ihr Erscheinen zu ehren. Wir buchten diesen Massenbesuch als ein erfreuliches Symptom der innigen Verbundenheit der arbeitenden und proletarisch lebenden Schichten in Arbeiterschaft, Beamtentum und Kleinergewerbe, die alle im Volkstfreund ihr Sprachrohr und den unermüdbaren Vorkämpfer für ihre Interessen sehen. Wir dürfen diesen überaus starken Besuch als ein Vertrauensvotum werten, das die Leser-  
schaft im Verbreitungsbezirk unseres Blattes ihrem Organ ausstellen wollte. Eine Zeitung, die durch fünfzig Jahre hindurch sich in der Schätzung der Leser so fest hat etablieren können, muß jedenfalls Proben abgelegt haben, daß sie die Wünsche, Meinungen und Stimmungen im Volke kennt und sie wirksam zum Ausdruck zu bringen versteht, sowie daß ihre Haltung in politischen und wirtschaftlichen Fragen Billigung findet. Diese Gedanken drängten sich uns auf, als wir gestern abend die Massen in die Festhalle fluten sahen. Be-  
sonnig genügte der Saal der Nachfrage nach Plätzen nicht, so daß der Abend wiederholt werden muß. Welch erfreuliches Geschenk hätte die Arbeiterschaft ihrem Blatt zum 50. Wie-  
gensteife bringen können!

Einleitend wurde der Festakt durch ein Orgelkonzert des Genossen Rektor Karl Stark, der in mächtigen Akkorden dem Jubel unserer Herzen über den Freudentag Ausdruck verlieh. Dann sang das Arbeiter-Sängerkorps unter der Leitung des hochverdienten Dr. Heinz Knöll den bekannten Chor „Sturm“ von Uthmann, der mit rauschendem Beifall aufgenommen wurde. Stadtrat Friedrich Töpfer, als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Verlags Volkstfreund, begrüßte hierauf mit warmen Worten die erschienenen

Festgäste, wobei er insbesondere dem Herrn Ministerialrat Dr. Bard als Vertreter des Innenministeriums, Herrn Oberbürgermeister Dr. Zinter und den Genossen Reinhold und Willi den Willkommgruß entbot.

Die eigentliche Festrede hatte Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpflin, der Chefredakteur des Volkstfreund, übernommen und entledigte sich dieser Aufgabe in musterhafter Weise. Die Rede war nach Gehalt und Form ein rhetorisches Meisterwerk, und wir möchten sehr wünschen, daß sie durch Sonderdruck einem größeren Publikum zugänglich gemacht würde. Der Redner gab eine gedrängte Uebersicht über den Aufstieg der Sozialdemokratie, streifte das Heldenerbe unserer Partei in der Epoche des Bismarckschen Schandgesetzes und zeigt, wie die Idee des Sozialismus nicht klein zu kriegen war, weil in den Gegenden, wo der revolutionäre Funke von 1848 noch weiterglomm, wie in der Ortenau, „Giganten des Charakters und Mutes“ sich der Bewegung annahmen. Aus der Geschichte des Volkstfreund, die in der Festnummer ausführlicher geschildert werden wird, hob Schöpflin besonders zwei Epochen heraus, in denen unser Organ weit über die Grenzen Badens hinaus Bedeutung gewann, die Zeit der Großblockpolitik und die des Revisionismus. In der Nachkriegszeit darf man dem Volkstfreund das Zeugnis ausstellen, daß er wirksam mitgearbeitet hat am Aufbau des Vaterlandes und an der Festigung des demokratischen und republikanischen Staates. Die Rede Schöpflins gipfelte in einem warmherzigen Appell an die anwesende Jugend, der er die Schwere der Aufgabe vor Augen führte, die ihrer harre. Den Abschluß bildeten die jubelnden Verse von Ferdinand Freiligrath:

„Die Freiheit dort, die Freiheit hier,  
Die Freiheit jetzt und für und für,  
Die Freiheit rings auf Erden!  
Im Hochland fiel der erste Schuß,  
Und die da niederbrannten muß,  
Die Lämme kam ins Rollen.“

Nachdem der starke Beifall verrauscht war, brachte die Volkstfreund-Akademie je einen Chor von Mozart und Uthmann zu Gehör, wobei man die Akademie als einen vorzüglich geschulten Chorförderer kennen lernte. Man darf Herrn Dr. Knöll hohe Anerkennung zollen, dafür, daß er es verstanden hat, unsere Sängergenossen und -genossinnen zu einem so klaren und ausdrucksvollen Vortrag zu erziehen. Ein Bravo der wackeren Sängerschaft!

Es folgte der Sprechchor „Das Werk soll Waffen-  
schmiede sein“ von Hannes Margen, in dem ein Film über den Aufstieg der Arbeiterpresse geschichtl. hineingewoben ist. Den Chor stellte die Jugend der Karlsruher Arbeiterorganisationen, und Herr Schauspielerei S. Kühne vom Landestheater hat sich der Mühe der Einstudierung mit gutem, sogar mit ausgezeichnetem Erfolg unterzogen und damit eine beachtenswerte Probe seines Regieförmens abgelegt. Die Jungens und Mädels haben tadellose Disziplin gehalten und äußerst verständlich gesprochen. Den Solopart sprach Genosse Volksbuchhändler Joos, der über ein markiges, tragfähiges und befehltes Organ verfügt und die Technik des künstlerisch sorgfältigen Sprechens vollkommen beherrscht. Auch der zweite Solosprecher, Jugendgenosse Fahlert, bot eine hochstehende Leistung. Da auch der begleitende Film eine Reihe packender Szenen enthielt, und da ferner die Begleitmusik der Orgel (Genosse Stark) sich feinsinnig den Höhen des Bildstreifens und des Chortextes anschmiegte, kam eine ergreifende Gesamtwirkung zustande, über die es unter den Zuschauern nur eine Stimme des Lobes gab. Mit dem Sozialistenmarsch schloß die erhebende Feier, deren Wiederholung wir im Interesse der diesmal zu kurz gekommenen bringend wünschen möchten. Man darf den Mitwirkenden des Abends ein uneingeschränktes Lob spenden, das sie anfeuern soll, auch bei künftigen Gelegenheiten ihr Können in den Dienst der Arbeiterschaft zu stellen.

Rudolf Wilhelm.

### Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart

Stuttgart, 26. April. Bei der heutigen Oberbürgermeisterwahl haben von 248 702 Stimmberechtigten 165 658 = 66,8 Prozent abgestimmt. Von den 165 248 gültigen Stimmen erhielt der bisherige Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der von den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, den Christlich-Sozialen Volksdienst, der Wirtschaftspartei und den Deutschen Nationalen unterstützt wurde, 115 178 Stimmen; der Kandidat der Nationalsozialisten, Hauptmann a. D. Stadtmann Dr. Strölin, den er sich auch die Volksrechtspartei einrichtete, 25 814 und der kommunistische Kandidat, Reichstagsabg. Torgler-Berlin, 24 247 Stimmen. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der im 63. Lebensjahr steht und bereits seit 1911 Oberbürgermeister von Stuttgart ist, ist somit zum dritten Mal zum Oberbürgermeister der württembergischen Landeshauptstadt gewählt worden. Seine neue Amtszeit beträgt 15 Jahre. Die Wahl ist sehr ruhig verlaufen.

Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 erhielten bei einer Beteiligung von 84 Prozent die Parteien, die die Kandidatur Lautenschlagers unterstützten, rund 154 000 Stimmen, die Nationalsozialisten mit Volksrechtspartei rund 28 000 Stimmen und die Kommunisten rund 36 000 Stimmen.

### Reaktionäre Niederlage in Lippe-Deimold

Deimold, 26. April. Im Freistaat Lippe fand heute der von den Nationalsozialisten und Volkskonservativen mit Unterstützung der Reichsnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Landvolkpartei und dem Evangelischen Volksdienst herbeigeführte Volksentscheid auf Auflösung des Lipptischen Landtags statt. Damit ein Volksentscheid Gültigkeit erlangt, muß sich mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten, d. h. rund 54 000 Personen, beteiligen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind aber nur 32 000 Stimmen dafür abgegeben worden. Das Resultat aus einzelnen Ortsteilen steht noch aus, doch wird dies an dem negativen Ausgang des Volksentscheides nichts mehr ändern.

### Armjeliger Stahlhelmsieg

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Die bisherigen Zählungen zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ ergeben einwandlos die Zahl von reichlich 5,83 Millionen Eintragungen. Einzelne Millionen Ueberschuss.

Am 14. September 1930 haben die sieben Parteien, die das Volksbegehren gemeinsam unterstützten, insgesamt 5,5 Millionen Stim-

men aufgebracht. Am Dienstaachmittag, fünf Stunden vor Abschluß der Eintragungen, teilte der Stahlhelm großsprecherisch mit, daß 6 Millionen bereits überschritten seien. Jetzt stellt nun der Stahlhelm selbst fest, daß keine 6 Millionen erreicht worden sind.

Für das Gelingen des Volksbegehrens sind 5,27 Millionen Eintragungen erforderlich gewesen. Damit ergibt sich, daß die Mindestziffer um knapp 500 000 überschritten worden ist. Damit ergibt sich weiterhin, daß mehr als 3,5 Millionen der Wähler, die am 14. September für die Volksbegehrenparteien gestimmt haben, den Eintragungen ferngeblieben sind. Wahrscheinlich, das ist ein „Sten“, mit dem sich der Stahlhelm rühmen und brüsten kann. Die Aktion gegen „Volksbegehren“, gegen die sozialistischen Minister im preussischen Kabinett gestaltete sich demzufolge zu einem Vertrauensvotum für die gehabte Preußenregierung.

## Konsum gegen Brotverteuerung

Herabsetzung der Weizen- und Roggenzölle gefordert

SPD. Hamburg, 25. April. (Eig. Draht.)

Der Generatrat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine Hamburg, bestehend aus 170 Funktionären aus dem ganzen Reich, nahm eine Entschließung zur Brotpreissteigerung an, von der Reichsfunkler Dr. Brüning mit nachfolgendem Teleogramm in Kenntnis gesetzt wurde:

„Infolge der anhaltenden Erhöhung der Preise für Weizen und Roggen ist die Broterzeugung seit langer Zeit nur mit Verlust möglich. Eine Preiserhöhung ist im ganzen Reich unbedingt notwendig, wenn nicht sofort Herabsetzung der Zölle für Weizen und Roggen erfolgt. Der in Hamburg tagende Generatrat des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, bestehend aus 170 Funktionären, aus dem ganzen Reich, hat die folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

Nach dem Zolländerungsgeleit vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, eine Erhöhung der Brotpreise durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Inzwischen ist jedoch eine weitere Steigerung der Brotpreise eingetreten, die eine schwere Belastung der unter der Wirtschaftskrise leidenden unbemittelten Verbraucher be-

### Krach im Hamburger Hitlerlager

Hamburg, 25. April. Im Hamburger Hitlerlager ist ein großer Krach im Gange. Etwa 15 Prozent aller SA-Mitglieder haben bisher die Gefolgschaft erklärt. Die sich um die SA-Führer Ennon und Böhmie gruppierenden Gegner Hitlers beschließen — wie es heißt — bereits für die nächste Zeit größere Aktionen gegen den Münchener Parteipapst.

### Gegen die Diktatur in Portugal

Wie aus Lissabon gemeldet wird, kam es in Oporto zu Massenunruhen gegen die Diktatur. Die Behörden sollen zur Wiederherstellung der Ruhe Polizei und Truppen aufgeschoben haben, die mit der Schusswaffe gegen die Manifestanten vordrangen.

deutet. Die an die Broterzeuger gerichtete Forderung, die Brotpreise trotz der erneuten Steigerung der Mehlpreise nicht zu erhöhen, ist eine große Unbilligkeit, die für die Broterzeuger ruhmlos wirkt und sich volkswirtschaftlich nicht verantworten läßt. Die Reichsregierung kann die übernommene Verpflichtung nur erfüllen, wenn sie durch eine ausreichende Ermäßigung der Zölle eine Senkung der Getreide- und Mehlpreise bewirkt und damit die Brotpreise zugunsten der Verbraucher beeinflusst. Der Generatrat fordert dies von der Reichsregierung. Wir bitten dringend, sofortige Herabsetzung der Zölle für Weizen und Roggen zu veranlassen.“

### Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung

Das Reichskabinett setzte unter Vorsitz des Reichsministers und in Anwesenheit des Reichsfinanzpräsidenten Lütke die Verhandlungen über das vorerledene Arbeitsprogramm fort. Zur Erörterung standen insbesondere die auf agrarpolitischen Gebiete zu treffenden Maßnahmen. Die Beratungen des Kabinetts werden weitergeführt werden.

### Braunkommission und Vierzigstundenwoche

Schwere Enttäuschung der Gewerkschaften

Fiasko der Braunkommission? Mit dieser Frage beginnt ein von der Germania veröffentlichter Rechtfertigungsversuch der bisherigen Arbeit der Arbeitslosen-gutachter. Ihre ersten Vorschläge zur Entlastung des Arbeitsmarktes, so heißt es in diesem Entlastungsversuch, hätten in der Öffentlichkeit keine allzu freundliche Beurteilung erfahren. Besonders gelte das von den Stimmen aus dem rechten Lager. Auch die Kritiker müßten aber zugeben, daß die Vorschläge der Braunkommission äußerst vorsichtig gehalten seien. Es sei daher unverständlich, wie man der Braunkommission vorwerfen könne, sie habe sich populären Forderungen gefügt und sie sei gewerkschaftlichen Einflüssen unterlegen.

Nein, so etwas kann man der Braunkommission wirklich nicht vorwerfen. Die Kritiker im rechten Lager scheinen sich das Teilgutachten der Braunkommission sehr schlecht angesehen zu haben; denn die Arbeitgeber haben bestimmt keine Veranlassung, mit dem Kernstück der Kommissionsvorschläge, d. h. mit ihren Arbeitszeitverfügungsempfehlungen irgendwie unzufrieden zu sein. Wenn jemand unzufrieden und unbefriedigt sein darf und ist, dann die Arbeiterschaft. Wie groß die berechtigte Unzufriedenheit im linken Lager ist, geht überaus deutlich aus einem Aufsatz hervor, den die joesben erschienene neueste Nummer der Gewerkschaftszeitung, des Organs des ADGB, unter dem Titel „Braunkommission und Vierzigstundenwoche“ veröffentlicht. Gleich einleitend betont die Gewerkschaftszeitung, daß die Vorschläge der Kommission zur Frage der Arbeitszeitverfügung „eine schwere Enttäuschung der deutschen Arbeiter“ darstellen. Die Arbeitgeber dürften sich bezüglich der Arbeitszeit auf 40 Stunden vorge schlagen noch irgend ein positiver Vorschlag zur Bekämpfung des Doppelverdienens gemacht.

Mit einer, auf genauer Sachkenntnis beruhenden, in die Details scharf eindringenden Kritik wird in der Gewerkschaftszeitung die Unzulänglichkeit der Kommissionsvorschläge aufgezeigt. Zunächst wird die Unklarheit der vorgeschlagenen Verwaltungsmaßnahmen beleuchtet. Zu den Vorschlägen der Kommission bezüglich gesetzlicher Maßnahmen zur Aenderung der Arbeitszeit bemerkt die Gewerkschaftszeitung, die Reichsregierung werde nur bevollmächtigt, für einzelne Berufe die gesetzlich zulässige Normalarbeitszeit bis auf 40 Stunden zu beschränken, und zugleich würden hohe Stachelschäure errichtet, um die Anwendung dieser Vollmacht möglichst zu erschweren. Die Arbeitszeitverordnung bleibe in ihrem Wesenskern unangefastet. Das ganze sei nichts anderes als „weiße Seife“, denn bei den vorgesehenen Einschränkungen komme praktisch kaum eine nennenswerte Arbeitszeitverkürzung heraus.

Die Einstellung der Braunkommission zur Vierzigstundenwoche — so lautet zusammenfassend das Urteil — ist mehr denn ungenügend. Nicht minder ungenügend sind ihre weiteren Vorschläge. Die Kommission läßt alles bestehen, auch das Recht, durch Tarifvertrag die Arbeitszeit bis zu täglich 10 Stunden auszudehnen. Sie will den Weltwachen, ohne ihn nah zu machen. Wenn man im Arbeitsministerium sehr „befriedigt“ sein sollte — die Gewerkschaften sind keineswegs befriedigt. Sie könnten solche Regelung nicht einmal als Abblagszahlung werten und sie werden ihren Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen Mitteln fortsetzen.

### Fünftägige Arbeitswoche in Amerikas Zeitungen

New York, 25. April. (Via Draht.) Das hier zwischen den organisierten englischen Zeitungssehern und Druckerarbeitern und den Zeitungsverlegern zur Einführung der fünftägigen Arbeitswoche getroffene Abkommen wird am 1. Mai in Kraft treten. Damit ist die Fünftageweche die allgemeine Form in den New Yorker Zeitungsverlagen geworden. Die einzige Ausnahme bilden die in einer Sonderarrange organisierten jüdischen Zeitungsseher, für die die sechstägige Arbeitswoche mit einer längeren Arbeitszeit von vier Stunden gilt. Die deutschen Zeitungsseher und Drucker haben sich schon seit Jahren die fünftägige Arbeitswoche erkämpft.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bei den englischen Zeitungssehern ist nur eine Folge der Verhältnisse auf dem New Yorker englischen Zeitungsmarkt. Durch das Einsetzen zahlreicher Zeitungen haben Tausende Scheitler ihre Arbeitsmöglichkeiten verloren und sind auf die Unterstützung ihrer arbeitenden Kollegen angewiesen. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit hofft man, einen erheblichen Prozentsatz der Arbeitslosen in den Betrieben unterbringen zu können.

### Nazistudenten rebellieren

Goebbels löst nationalsozialistische Hochschulgruppe auf

Das Berliner Naziblatt, Der Angriff, Dr. Goebbels bringt schamhaft unter einem langen nationalsozialistischen Versammlungskalender, eine Anordnung des kommissarischen Kreisleiters 10, wonach die nationalsozialistische Hochschulgruppe an der Universität Berlin und an der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Dahlen aufgelöst seien. Der bisherige Hochschulgruppenführer an der Universität ist von seinem Amt zurückgetreten und durch einen anderen kommissarischen Hochschulgruppenführer ersetzt worden; das gleiche gilt für den Führer der nationalsozialistischen Gruppe an der technischen Hochschule Charlottenburg, die als solche bestehen bleibt.

Als Ursache darf wohl angenommen werden, daß sich die Studenten auf Seiten von Stennes gestellt haben. Bald gibt es in der NSDAP überhaupt nur noch „kommissarische“ Leitungen.

### Nazivorspiel zur Oldenburger Wahl

Wilhelmshafen, 27. April. Am Sonntag kam es in Oldenburg anlässlich nationalsozialistischer Wahl Demonstrationen wiederholt zu blutigen Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und andersdenkenden Elementen. Insgesamt waren etwa 20 Schwere- und Leichtverletzte, fast ausschließlich Mitglieder der proletarischen Jugendverbände zu verzeichnen. Eigentümlich war, daß die Oldenburger Schutzpolizei statt gegen die bewaffneten Nazis vorzugehen, gegen die durch die Nazis propagierten Republikaner Front machte.

## Staat und Nazis

### Naziagitator kann nicht Beamter sein — Preußen greift endlich durch Hitlers Eid ohne Belang

Der preußische Disziplinargerichtshof hat den Reichstagsabgeordneten und Regierungsinspektor Haffe von der Regierung in Stade wegen seiner Betätigung für die Nationalsozialistische Partei mit Dienstentlassung ohne Pension bestraft.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Wenn ein Beamter sich für eine Partei betätigt, welche den Umsturz der bestehenden Staatsordnung im Wege der Gewalt beabsichtigt, so verstößt er hierdurch gegen seine durch die Anstellung begründete Treuepflicht dem Staat gegenüber und begibt somit ein Dienstvergehen.

Das Gericht hat eingehend die Frage untersucht, ob die NSDAP den gewaltsamen Umsturz erstrebt und dabei den Eid Hitlers beim Aimer Reichswahlprozess in Leipzig unterläßt. Es heißt, daß der Eid Hitlers vor dem Reichsgericht kein Beweis für die Legalitätsbestrebungen der NSDAP sei, ebensowenig wie seinerzeit das Ehrenwort des Parteiführers einen Schutz gegen den Münchener Putz vom Oktober 1923 gebildet habe. Wenn auch manche andere Führeräußerung aus agitatorischen Gründen besonders scharf ge-

halten sei, so müsse auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes festgestellt werden, daß die NSDAP zu gegebener Zeit die Errichtung einer völkischen Diktatur durch gewaltsamen Umsturz zu erreichen suche. Um den Boden für ihre Bestrebungen vorzubereiten, rufe die NSDAP, in der Gesamterhebung den Geist der Auflehnung oder der Neigung zu Gewalttätigkeiten hervor, führe die Partei den Kampf gegen die verfassungsmäßig bestehende Staatsordnung in den erbittertesten Formen der Beschimpfung und Verleumdung.

Besonderen Wert legt der Disziplinardhof dem Organisationsystem der Nationalsozialisten zu. Dieses lenne keine passiven Mitglieder, sondern verlange sachungsgemäß von jedem Angehörigen „alle Parteiliebe zu erweisen, die notwendig ist“. An einer solchen Organisation könne aber ein Regierungsbeamter nicht teilnehmen.

Es liege jedenfalls ein Verstoß gegen das Preußische Disziplinargesetz vor. Der Verstoß sei so schwerwiegend, daß der Beamte mit Dienstentlassung zu bestrafen sei, und es könne ihm auch nicht, wie dies in erster Instanz geschehen war, ein Teil seiner Pension belassen werden.

## Gelungenes Arbeitsstreckungs-Experiment Die Lehren der Harburger Delwerke

Im Oktober vergangenen Jahres haben die Harburger Delwerke Brindmann u. Mergell bei voller Beschäftigung ihrer Belegschaft in Stärke von 950 Mann anstelle der dreimaligen Achtstundenschicht eine viermalige Sechsstunden schicht ohne Lohnausgleich eingeführt und dadurch 350 Arbeitslose einstellen können. Das Vorgehen der Firma wurde im Arbeitgeberlager als Retzeerei denunziert, und die Gegner der Arbeitszeitverkürzung verhöhnten die Gewerkschaften, als die Arbeiterwahlen bei Brindmann u. Mergell eine geringe Mehrheit für die kommunistische AGD-Liste ergaben.

Alle Seher e schaffte jedoch die Tatsache nicht aus der Welt, daß die Werksleitung bereits zwei Monate nach der Umstellung das Gelingen des Experiments mitteilen konnte. Die Rentabilität des Betriebes hatte keineswegs gelitten. Eine untragbare Erhöhung der Gestehungskosten war nicht eingetreten. Die Vermehrung der Anlaufzeiten für die Arbeitsaufnahme hatte eine Minderung der Arbeitsleistung gebracht. Im Gegenteil: man mußte sogar dafür sorgen, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht eine Leistungssteigerung herbeiführte, wodurch die Neueinstellung von Arbeitslosen unter Umständen wieder unmöglich gemacht worden wäre. Die Lohnsumme ist nicht gestiegen, sondern sogar etwas gefallen. Die Verringerung der Lohnsumme brachte auch eine Verringerung der Sozialen Beiträge, die ja, was vielfach übersehen wird, in Prozenten des Lohns gezahlt werden. Für die Invalidenversicherung waren einige Mehrkosten notwendig geworden. Sie machten aber noch nicht einmal 1 Prozent der gesamten Lohnsumme aus.

Auch der kommunistisch eingestellte Teil der Belegschaft denkt nicht daran, eine Aenderung an der 36-Stunden-Arbeitswoche ohne Lohnausgleich zu fordern — trotz der ablehnenden Haltung der AGD, gegen die Arbeitszeitverkürzungspolitik der Gewerkschaften. Wenn die Neueinstellung eine Vermehrung des kommunistischen Elements im Betrieb mit sich brachte, so ist das weiter nicht verwunderlich; denn Arbeitslose sind ja nun einmal gegen Radikalsimus wenig immun. Bei Brindmann u. Mergell ist heute die gesamte Belegschaft über die Bedeutung und den Wert der Arbeitszeitverkürzung vollständig im klaren —

so sehr im klaren, daß die joesben stattgefundenen, vom kommunistischen Arbeitererrat einberufene Belegschaftsversammlung von der ursprünglich beabsichtigten neuen Urabstimmung über die Arbeitsstreckung Abstand genommen hat. Der Arbeitererrat wurde lediglich beauftragt, dafür einzutreten, daß der Ertrag für die Uralberer dadurch beschafft wird, daß die Arbeiter niedrig entlohnte Arbeiter vorübergehend je nach Bedarf 7 oder 8 Stunden arbeiten dürfen.

Das Wertvollste an dem Experiment ist die Erkenntnis, die die Firma aus ihm entnommen hat. Sie kam, wie Herr Dr. Berheim von der Werksleitung einem Vertreter der Frankfurter Zeitung mitteilte, zu der Auffassung, daß das gegenwärtige Optimum der Arbeitszeit nicht die 42, sondern die 36-Stunden-Woche sei. Der Werksleitung geht der Vorschlag der Braunkommission daher nicht weit genug. Nach ihrer Ansicht ist die Arbeitslosigkeit keineswegs die Folgeerscheinung einer nur vorübergehenden Wirtschaftskrise, sondern die einer tiefgreifenden Strukturwandel der Wirtschaft. Mit einem zu geringen Arbeitsvolumen müsse daher als Dauererscheinung gerechnet werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit liege überhaupt im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Verantwortlichen müßten sich darüber im klaren sein, daß in der gegenwärtigen Situation durch keine andere Methode als durch Arbeitszeitverkürzung eine wirksame und sofortige Verringerung der Zahl der Erwerbslosen zu erwarten sei. Das ist die Auffassung von Leuten, die sich ein Urteil erlauben können. Wie dieses Urteil bei den Verantwortlichen Beachtung findet?

Daß das Harburger Experiment nicht schematisch auf die gesamte Wirtschaft übertragen werden kann, versteht sich von selbst. Niemand fordert das. Aber in sehr vielen Betrieben der Wirtschaft ist die Arbeitszeitverkürzung in verschiedener Form möglich. Die Durchführung der 40-Stunden-Woche wird sich in jedem Betrieb durchführen lassen und deswegen muß zusammen mit der Neuregelung der Arbeitszeit auch eine wirksame Kontrolle der Durchführung der Arbeitsstreckung geschaffen werden. Nebenfalls müßten die Betriebe verpflichtet werden, den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten mitzuteilen, in welcher Form die 40-Stunden-Woche durchgeführt wird.

## Notleidender Ueberradikalismus

### Bergab bei den Nazis

Während der Münchener Parteitag Hitler für das Geld der Nazi-Mitgliedschaft einen Kasack nach dem anderen kaufte, wissen die nationalsozialistischen Ortsgruppen im Lande vor Schulden nicht ein noch aus. Neuerdings hat die Leitung der Nazi-Ortsgruppe in Hannover durch ein Rundschreiben an ihre Mitglieder verlaublich lassen, wie es finanziell mit ihr bestellt ist. Mit den Nationalsozialisten in Hannover scheint es besonders schlecht bestellt zu sein. An Geldmangel leiden fast alle Nazi-Ortsgruppen, aber so tief, wie die Ortsgruppe Hannover stehen doch nicht alle in Schulden. In Hannover kommt hinzu, daß das dortige Naziblatt trotz aller Anstrengungen keine Auffschwung nimmt, sondern immer mehr zurückgeht. Das hat die Leitung der Nazi-Ortsgruppe veranlaßt, dem ergebnislosen Schnorr- und Sammertrieb zur Auffüllung der Kasse einen Kasack in Form eines Rundschreibens an alle Mitglieder folgen zu lassen, in dem es u. a. heißt:

1. Jedes eingeschriebene Mitglied der Ortsgruppe, das noch nicht Abonnement der Niedersächsischen Tageszeitung ist, bestellt sofort durch Ausfüllung beiliegenden Scheines noch für April die Niedersächsischen Tageszeitung. ... Für Erwerbslose, die nicht in der Lage sind, das Geld für die Zeitung aufzubringen, wird ein Pate bestellt, wenn nicht aus Mitgliedern, so doch aus Angehörigen unserer Bewegung.

2. Jedes Mitglied der Ortsgruppe erhält außerdem zwei Bestellscheine, die bei Angehörigen unserer Bewegung untergebracht werden müssen.

Ich kenne alle Schwierigkeiten, die bei der Durchführung dieser Anordnung sich ergeben. Es braucht mir niemand sie aufzuzählen. Ich ersuche Sie deshalb, grundsätzlich davon abzusehen und mir lediglich durch Einfindung der geforderten Bestellscheine eine Probe aufs Exempel abzulegen, welchen Wert Ihre Ortsgruppe besitzt. Ich werde bei Bestellung von Rednern und Anträgen, auf SA-Mitgliedern stets das Ergebnis vom 8. April überprüfen lassen. ...

Das Rundschreiben blieb eben so ohne Erfolg wie der ihm vorausgegangene Schnorr- und Sammertrieb. So ist der Zustand innerhalb der Nazi-Partei in Hannover trotz aller Rundschreiben der, daß die Kasse leer ist und die Zeitung unter Abonnement schwund leidet. Es geht halt auf der ganzen Linie bergab.

### Schwindjucht in der KPD.

Hinter den Kulissen der von der KPD-Zentrale aufgegebenen kommunistischen Informatenzentrale leuchtet ein Artikel, den ein bisheriger führender Bremer Kommunist, ehemaliges Bürgerschaftsmitglied, in der Bremer Volkszeitung veröffentlicht.

Diesem Gewährsmann zufolge hat die kommunistische Parteizentrale die bisherige Informatenzentrale der kommunistischen Gewerkschaften Biermann, Sander und Will, die seinerzeit der Informatenzentrale der KPD, des Nordens des Naziführers Josef Woll, beauftragt waren, aufgelöst. Diese drei Gewerkschaften, deren Zahlersinnahmen in die Hunderttausende gingen, hatten den Bremer Anteil des Reinverdienstes für sich behalten und die Parteizentrale nur mit 10 Prozent der Nettoeinnahmen abgabte. Das sollen immerhin noch 20 000 M im Monat gewesen sein, woraus hervorzuheben, daß die bisherigen Leiter der KPD-Informatenzentrale ein großes Privatvermögen besaßen, das aufgelöst haben müssen. Nunmehr hat die KPD eine neue Gesellschaft gegründet, die sie „Anzeigengesellschaft für die Arbeiterpresse“ nennt. An ihr soll das Zentralfomitee mit 50 Prozent des Gewinns beteiligt sein.

Der ehemalige Bremer Kommunist behauptet ferner, daß nicht nur das Bremer Kommunistenblatt, sondern alle anderen kommunistischen Zeitungen in Deutschland an Abonnentenschwund leiden. Um für sie Inzerate zu werden, würde mit betrügerischen Werbemitteln gearbeitet. Aber selbst der „Gewaltentwender“ ist schrecklich man nicht zurück, um von den Geschäftsleuten Unterschritten zu „erzoffen“. Viele kleine Krämer hätten schon unter dem Druck der kommunistischen Informatenzentrale den Offenbarungseid leisten müssen und ihre Existenz eingebüßt. Es sei erwiesene Tatsache, daß monatelang Geschäftsleute an solchen Orten in den KPD-Zeitungen Inzeraten, in die nicht eine einzige kommunistische Zeitung kommuntionierten, in die nicht eine einzige kommunistische Zeitung kommuntionierten.

So lobend das Geschäft für die kommunistische Informatenzentrale und für die kommunistische Parteizentrale sei, so schrecklich war es für die kleinen Parteifunktionäre, die als „Vertreter“ bezeichnet wurden. Der „Überreizende“ halte sich schädlich und gar gefährlich für die Partei. Die Parteioberen in Berlin stecken den Hauptgewinn in die Tasche. Die Werbearbeit solcher Kolonnen beschränkte sich nicht nur auf die eigentlichen KPD-Zeitungen, sondern auch auf die vielen Presseprodukte der unzähligen Nebenorganisationen. Der Gewerkschaftsmann der Bremer Arbeiterzeitung behauptet schließlich noch, daß die KPD-Zentrale durch ihre neue Gesellschaft monatlich eine Million Bestimmung von 70 000 M einstreiche.

# Freistaat Baden

## Ausführungsverordnung zum Reichsgegesetz gegen Waffenmißbrauch

Zur Ausführung des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 hat der Innenminister mit sofortiger Wirkung folgendes angeordnet: Die Ermächtigung zum Führen von Stief- oder Stößwaffen nach § 2 Nr. 3 des Gesetzes erteilt das Bezirksamt (Polizeidirektion), in dessen Amtsbezirk die Stief- oder Stößwaffe geführt werden soll. Die Ermächtigung erfolgt vorbehaltlich des Widerrufs. Ein Ansuchen auf Entschädigung steht im Falle des Widerrufs nicht an. Ueber Beschwerden gegen die Entscheidung des Bezirksamtes (Polizeidirektion) entscheidet der Landeskommissar. — Zum Nachweis der Ermächtigung ist dem Antragsteller eine auf seine Person lautende und mit Lichtbild versehene Bescheinigung auszustellen. Für die Ausstellung wird eine Taxe ohne Sortel von 5 M erhoben.

## Naziklagen vor dem Staatsgerichtshof

NRN, Weizsäcker, 25. April. Vor dem Staatsgerichtshof war heute Termin in drei Verfassungsklagen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehängt. Bei der einen handelt es sich um die Klage der Nationalsozialistischen Landtagsfraktion in Baden wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. Juli 1930 veröffentlichten Erklärung des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts, nach der einseitig „wegen verbotener Betätigung für die staatsfeindliche NSDAP“ aus dem Dienst entlassen wurden. — In allen drei Klagesachen wurde lediglich um die Sachbefugnis der Nationalsozialistischen Partei zur Erhebung der Klage vor dem Staatsgerichtshof verhandelt. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes, die sich auch nur hierauf erstrecken wird, wird am Montag, 27. April, mittags 12 Uhr, verkündet werden.

## „Der Nationalsozialist als Minister“

Die N. S. D. teilt mit: In Nr. 166 der Neuen Badischen Landeszeitung vom 31. März 1930 war ein Leitartikel erschienen unter der Überschrift „Der Nationalsozialist als Minister“, der sich mit dem damals amtierenden thüringischen Minister Dr. Fried befand. Von Fried war gesagt, er war in einem Punkte konsequent: „Er ließ weiter hochverrat.“ Wegen dieses Passus war auf Veranlassung des Generalstaatsanwalts in Baden (H) Klage wegen öffentlicher Beleidigung gegen den verantwortlichen Redakteur des politischen Teils der Neuen Badischen Landeszeitung, Dr. Heinrich Rumpf gestellt worden. Die Verhandlung fand vor dem Schöffengericht I unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektor Dr. Rea statt. Nach eingehender Beweisaufnahme erkannte das Gericht auf Freisprechung. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

## Der Führer auf Kundenfang

### Methoden des billigen Jakob

Es steht schlecht mit den Nationalsozialisten. Die Feststellungen des bisherigen Führers des Berliner nationalsozialistischen Sturmtrupps, Hauptmann a. D. Steines, haben vor den breiten Massen entzündet, was es mit dem heidnischen Getue und der sozialen Welle der Nazis umbrachte auf sich hat. Man weiß nunmehr, welcher Art die Nazi-Bonzen sind, die sich in Palästen tummeln, während sie in Volkserkrankungen die wirklichen Vertreter des arbeitenden Volkes füttern. So dümmert die Erkenntnis immer mehr, daß die nationalsozialistische Bewegung schließlich nichts anderes ist, als ein Mittel zur Verdummung und zur Täuschung des wertvollen Volkes. Begehrlich, daß daher dieser Vorgang auch auf die nationalsozialistische Presse zurückwirkt. Der Berliner Angriff, der Münchener Wälfische Beobachter erleben schlimme Tage und auch den kleinen Provinzialblättern der Nationalsozialisten geht es in keiner Weise gut.

Von den großen Versprechungen, mit denen sich das „Zentralorgan“ der badischen Nationalsozialisten, Der Führer, ankündigte, ist wenig übrig geblieben und mühsam lassen selbst geachtete Bekanntheitsblätter das Blatt heilfroh. Bald in Jammertönen, bald mit Fanfaren geht daher der Führer auf Kundenfang aus. Ein Verprechen jagt das andere. Heute wird der Führer als diebendes Diebstahl angekündigt, morgen wird den Lesern ein schöner Bilderbogen dazu verprochen und übermorgen wird sogar gelobt, pro Woche noch ein paar Seiten bedrucktes Papier mehr zu geben. Es verhält sich jedoch nichts, der Massenmarsch der Leiter bleibt aus. Nun wird noch ein letzter Wurf versucht, um das Defizit zu verdecken. Zu einem „Frühjahrsfest“ im Kundenfang werden immer, die jemand dazu bringen, daß er den Führer abonniert, 75 Pfennig als Gabe verprochen. Die Bedingungen sind allerdings so verfaßelt, daß der Werber nur schwer zu seinem Gelde kommen kann. Für eine angeblich übermäßige „nationale“ Bewegung bedeutet es schon allerhand, daß sie zu solchen Anstrengungen im Kleinen greifen muß, um Werber zu finden. Die Methoden des billigen Jakob werden den Nationalsozialisten wenig helfen. Sie zeigen jedoch, daß die Räume der Nationalsozialisten nicht in den Himmel wachsen, wie sich dies die Herren vom braunen Laft in München und ihre gestaffelten Unterführer einst drohten. Statt dem von den Nationalsozialisten angekündigten Rückgang des Marxismus beobachten wir ein Wachsen der nationalsozialistischen Bewegung und ein immer mehr wachsendes Ansehen des Volkes über das heuchlerische Getue der Nazi-Bonzen. Es liegt ein Reiz in der Frühlingssnacht des Nationalsozialismus. Die Sozialdemokratische Partei jedoch steht fest und entfaltet unter erfolgreichem Zuwachs der Jugend eine Aktivität, an der alle Fakenkreuzdemagogie versagen wird.

## Personalveränderungen bei der freiwilligen Krankenpflege in Baden

Wie im Staatsanzeiger gemeldet, ist als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Generalarztes Dr. Waniel der Ministerialrat im Ministerium des Innern, Karl Wenzel, zum Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege in Baden ernannt worden. Zu seinem Stellvertreter wurde Dr. Frhr. Hugo von Babo bestimmt. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit im Bereich des Badischen Roten Kreuzes eine Umorganisation vorgenommen. Vor dem Krieg war Territorialdelegierter der jeweilige Minister des Innern, zuletzt der Staatsminister von Bodmann. Nach der Umorganisation wurde dieses Amt dem Präsidenten des Roten Kreuzes übertragen. Mit der jüngst erfolgten Umorganisation ist man zu der alten Einrichtung zurückgekehrt, daß ein Regierungsvertreter die Funktionen des Territorialdelegierten ausübt, die in der Zukunft über das gesamte Personal der freiwilligen Krankenpflege besteht.

Übernahme der Nebenbahn Mosbach—Mudau durch die Reichsbahn. Die bisher von der Deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft AG, Berlin, betriebene Schmalspurige Nebenbahn Mosbach—Mudau wird am 1. Mai 1931 von der Reichsbahndirektion Karlsruhe übernommen.

## 85jähriger Parteiveteran



Wilhelm Bock (Gotha), der ehemalige Alterspräsident des Reichstags, begeht am 28. April seinen 85. Geburtstag. Bock, der von Beruf Schuhmacher ist, wandte sich schon früh der Gewerkschaftsbewegung zu und war längere Zeit Präsident der Schuhmacher-Gewerkschaft. Er war seit 1884 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und fungierte 1924 als Alterspräsident. Dem verdienten Parteiveteranen unsere herzlichsten Glückwünsche!

## Republik und Monarchie

Nach dem großen Stahlab 1914—1918 erfuhr die europäische Landkarte eine umwälzende Neugestaltung. Zur Zeit sind 34 Staatengebilde vorhanden, von denen 15 Einzelländer Monarchien mit einer Einwohnerzahl von 155 807 888 vorhanden sind, außerdem zählt man aber 19 Republiken, die zusammen 315 999 358 Seelen zählen. Von den 471 807 241 Europäern zählen sich 67 Prozent zum republikanischen Regierungssystem.

## Jubiläumsausgabe des Volksfreund

Die Jubiläumsausgabe des Volksfreund erscheint am kommenden Donnerstag, gleichzeitig mit der Mainnummer. Die Jubiläumsnummer wird in großem Umfang und in besonderer Aufmachung erscheinen.

## Französische Präsidentenwahl am 13. Mai?

Paris, 26. April. Ministerpräsident Laval soll dem Bernehmen nach beabsichtigen, seinen Kollegen den 13. Mai für den Zusammentritt der Nationalversammlung, die die Wahl des Präsidenten der Republik vorzunehmen hat, vorzuschlagen.

## Freistreiberei-Bekämpfung in Dänemark

Der dänische Reichstag nahm mit 87 Stimmen der Sozialdemokraten, Radikalen und Bauernlinken gegen 20 Stimmen der Konservativen ein Gesetz zur Bekämpfung unberechtigter Preisermäßigungen an.

## Herriot wieder Bürgermeister von Lyon

Paris, 26. April. Herriot wurde bei der durch seinen Rücktritt notwendig gewordenen Neuwahl erneut zum Bürgermeister von Lyon gewählt. Auch die drei Adjunkten des Bürgermeisters, die heute gewählt wurden, sind sämtlich Radikale.

## Sowjet-Rußland nimmt die Einladung der Europa-Kommission an

Moskau, 26. April. Die Sowjet-Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitteilen lassen, daß sie bereit sein wird, sich bei der am 15. Mai in Genf stattfindenden dritten Session der Europa-Studienkommission vertreten zu lassen.

## Kabinet Jankoff in Bulgarien

Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident und Unterrichtsminister Jankoff ist mit der Bildung eines Koalitionskabinetts beauftragt worden.

## Der neue deutsche Gesandte in Wien

Der neuernannte Gesandte Dr. Kretsch in Wien hat dem österreichischen Bundespräsidenten sein Beurlaubungsschreiben überreicht.

## Preußische Steuernotverordnung rechtsgültig

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat die Klage der Deutschen Volkspartei zurückgewiesen, daß die Notverordnung der preußischen Regierung vom 30. Mai 1930 durch die Erhebung eines 100prozentigen Zuschlags zur Grundvermögenssteuer unzulässig sei.

## Heimlich, still und leise...

Zum Wiedereinzug der Nazis in den Reichstag.



„Unser Auszug war unheimlich laut; unser Wiedereinzug ist dafür um so heimlicher.“

# Partei-Nachrichten

## Partei und Fraktion

### Stellungnahme des Bezirks Mittelsachsen

Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratie für Mittelsachsen wurde nach einem Referat des Genossen Böse und nach ausgedehnter Aussprache folgende Entschließung zur politischen Lage gegen 32 Stimmen angenommen:

„Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Mittelsachsen, hält den Kampf für die Erhaltung der Demokratie, die Abwehr der faschistischen Gefahr und der kapitalistisch-faschistischen Anschläge gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse für die dringendste Gegenwartsaufgabe. Nur wenn diese Aufgabe erfolgreich gelöst wird, ist nach Überwindung der Wirtschaftskrise der neue soziale und politische Aufstieg der Arbeiterklasse möglich, nur dann wird der Kampf um die Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Republik mit Erfolg neu aufgenommen werden können.“

Der Bezirksparteitag ist der Auffassung, daß die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen hat. In ihnen liegen die Gründe für die Politik der Exekutive der Regierung Brüning, in ihnen liegen auch ihre Grenzen. Der Parteitag ist der Überzeugung, daß durch die Politik unserer Fraktion schwerste Gefahren abgemindert worden sind, die nach der Wahl Niederlage der Sozialdemokratie vom 14. September die Arbeiterklasse bedrohten. Er blickt in der gegenwärtigen Lage die Politik, die sich auf das Hauptziel konzentriert, die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern.

Der Bezirksparteitag hält das geschlossene Auftreten aller sozialdemokratischen Fraktionen vor allem in der jetzigen gefährlichen Zeit für eine unentbehrliche Voraussetzung der siegreichen Durchführung jeder sozialdemokratischen Aktion. Der Bezirksparteitag mißbilligt, daß neun Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen diesen Grundgedanken verstoßen und abweichend vom Reichstagsparteitag Stimmungen schafften, durch die ein geschlossenes Stimmverhalten der sozialdemokratischen Fraktionen in Zukunft gewährleistet wird. Der Bezirksparteitag gelobt im Namen der mittelsächsischen Sozialdemokratie, den Kampf für die Demokratie, gegen den Faschismus, für die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse mit voller Energie und Einmütigkeit fortzuführen.“

### Die Meinung Hamburgs

Die Hamburger Sozialdemokratie nahm in einer Delegiertenversammlung Stellung zum Parteitag. Nach einem Referat des Genossen Ernst Seilmann und einer lebhaften Aussprache wurden einige Anträge zum Parteitag angenommen. In einer Entschließung, die dem Parteitag vorgelegt wird, fordert die Hamburger Sozialdemokratie, dem Bezirksvorsitzenden Chemnitz-Zwickau wegen der Wahlmängel und dem neuen Reichstagsfraktion soll verschärft Mißbilligung aussprechen. Die Reichstagsfraktion soll verpflichtet werden, bei bedeutungsvollen politischen Entscheidungen Funktionsgruppen zu beschicken. Die Abgeordneten des Reiches, der Länder und Gemeinden sind der Disziplin dieser Fraktion zu unterliegen. Zumiderhandlungen gegen den Beschluß der Fraktion sollen als parteiförmiges Verhalten gelten. Dieser Mißbilligungsantrag wurde von den Delegierten der Hamburger Sozialdemokratie mit erdrückender Mehrheit angenommen.

Grünwettersbach, nächsten Mittwoch, 29. April, abends 8 Uhr, findet im Rathausaal eine Parteiverammlung statt, in der der Schwerpunkt der Tagesordnung ist: „Stellungnahme zu der am 17. Mai d. J. stattfindenden Bürgermeisterwahl“. Die Genossen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Ottenshof, Amt Rastatt, Dienstag, 28. April, findet abends 8 Uhr im „Goldenen Scherl“ eine Mitgliederversammlung statt, an welcher Genosse Trinkl-Karlsruhe teilnimmt. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß sämtliche Genossen an der Versammlung teilnehmen.

Zell a. S. kommenden Sonntag, 2. Mai, veranstaltet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsgruppe Zell, mit der freien Gewerkschaft die diesjährige Maifeier im Lokale des Badischen Hofes. Nach dem Programm steht der Arbeiterkampf ein gesehener Abend in Aussicht. Gauleiter Börner vom Fabrikarbeiterverband hat die Festrede übernommen. Anschließend wird der zwei Stunden dauernde Großfilm „Namenlose Helden“ laufen, der uns in die furchtbaren Geschehnisse auf der Schlachtfelder des Westkrieges führt. Eine gemütliche Unterhaltung wird die Feier beschließen. Es ist zu wünschen, daß die Arbeiterklasse mit ihren Angehörigen sowie die Einwohnerschaft von Zell und Umgebung sich recht zahlreich einfindet.

# Volkswirtschaft

## Jahresbericht des Vindcar-Fahrradwerks

Die den freien Gewerkschaften gehörige Vindcar-Fahrradwerk AG, Berlin-Glückstraße, weist für das verfloßene Jahr einen Nettogewinn von 129 132 Mark aus gegenüber 241 837 Mark im Vorjahr. Die Dividende wird von 10 auf 5 Prozent ermäßigt.

Bei Betrachtung der diesjährigen Vindcarbilanz müssen die Auswirkungen der furchtbaren Wirtschaftskrise berücksichtigt werden, die naturgemäß das Fahrradgeschäft doppelt treffen mußten. Einer der furchtbaren Indikatoren in der Fahrradindustrie hat vor kurzem das verfloßene Jahr als das schlechteste seit dem Bestehen dieser Industrie bezeichnet und weiter die Feststellung getroffen, daß bei einer Produktion von etwa 1 725 000 Fahrrädern höchstens 400 000 bis 500 000 Stück abgesetzt werden konnten, wobei der Absatz an die Großhändler usw. eingerechnet ist. Weiter in der Fahrradindustrie liegen die Verluste an der Lagerhaltung. Der Vindcarbericht bemerkt zur Erläuterung, daß die steigende Arbeitslosigkeit in erster Linie die Bevölkerungsschichten trifft, die als Käufer von Vindcar-Fahrrädern in Betracht kommen. Auch das Vindcarunternehmen sei, wenn auch in geringerer Maße, von den Auswirkungen dieser Krise betroffen worden. Die Vindcar AG verbanke es in erster Linie der internen Bilanz der Vindcar AG, die die Geschäftstätigkeit, wenn sich der Vindcar unter dem Umfange in ursprünglichen Grenzen gehalten habe.

Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Die Produktion hat bei Vindcar im Jahre 1929 rund 50 000 Räder betragen, im Jahre 1930 30 000. Verkauf wurden im Jahre 1929 = 48 777 Stück, im Jahre 1930 = 29 060. Die Lagerbestände konnten entsprechend sinken. Die Vindcar AG hat sich immer noch, verstanden mit dem anderen Unternehmen der Vindcar AG, die von Vindcar durchgeführte Preispolitik bei. Schon im letzten Quartal 1930 wurden im Zusammenhang mit den Preisabbaubestrebungen die Preise um 10 Prozent gesenkt. Im Jahre 1931 erfolgte im Anschluß an die Einführung der Preisbestimmungen eine weitere — rund 15 Prozent ausmachende — Preisermäßigung. So wurde das billige Rad von 115 M auf 89,50 M gesenkt. Der Preis gilt für Barzahlung. Bei Teilzahlung tritt ein Aufschlag von 1 Prozent pro Monat bis zu 12 Monaten ein. Die Barzahlung bürgert sich immer mehr ein und erfaßt 1930 rund 15 Prozent der verkauften Fahrräder. Zum übrigen lassen sich in immer stärkerer Maße bei Vindcar Vorauszahlungen feststellen. Der Aufschlag wird als verhältnismäßig gering bezeichnet und dürfte sich in den nächsten Jahren weiter ermäßigen. Das Unternehmen fabriziert jetzt 15 Modelle (Fahrräder) gegenüber 9 bis 10 Modellen im Vorjahr. So errechnet sich, wenn man die Wertbeizungen und Ertrüffachen mit 114 000 Mark (147 000 Mark) und die Steuern mit 139 400 M (129 000 M) berücksichtigt, ein Nettogewinn von 129 132 M gegenüber 241 837 M im Vorjahr. Davon werden zur Ausschüttung einer 5prozentigen Dividende auf das Aktienkapital von 2,005 Millionen, die restlichen den Gewerkschaften zugute kommt, 100 250 M betragen (im Vorjahr 163 000 M) und 10 000 M (30 000 M) zur Ausschüttung des gesetzlichen Reservefonds; 18 882 M (28 337 M) werden vorgetragen.

Man kann der Vindcar AG. das Zeugnis ausstellen, daß sie es im furchtbaren Krisenjahr 1930 verstanden hat, die Schwierigkeiten zu meistern. Auch für das neue Jahr ist nicht mit einer sprunghaften Besserung zu rechnen, weshalb man schon verstanden kann, daß das Unternehmen sich für die bevorstehende Krise getroffen hat. Viel hängt in dieser Zeit, die gerade die Fahrradindustrie getroffen hat, davon ab, daß die Funktionäre der modernen Arbeiterbewegung weiter mit voller Kraft für die Vindcar werben; damit werden sie für die Bewegung, deren Unternehmen die Vindcar AG. ist.







### Gemeinschaftsverkehr Albtalbahn-Städt. Straßenbahn

Wir machen auf das Inserat in der heutigen Ausgabe aufmerksam, monach infolge Einstellung des Autobusbetriebs zwischen Karlsruhe und Rippurr ab 1. Mai 1931 auf der Albtalbahn für die gleiche Strecke ein 10-Minutenbetrieb eingerichtet wird. Gleichzeitig wird der Gemeinschaftsverkehr zwischen Karlsruhe-Rippurr und der Straßenbahn Karlsruhe auf das ganze Straßenbahnnetz ausgedehnt und dem Straßenbahntarif angepaßt. Die Preise werden nach Tarifstufen berechnet. Monatskarten müssen mit Lichtbild versehen werden. Weitere Einzelheiten sind aus einer auf den Bahnhöfen Karlsruhe Albtalbahn und Karlsruhe-Rippurr unentgeltlich erhältlichen Druckschrift ersichtlich. Im Gemeinschaftsverkehr mit Ettingen treten keinerlei Änderungen ein.

### Aus Organisationen und Vereinen

#### Reichskurschreiberverein Karlsruhe

Am Mittwoch den 15. April, hielt der Reichskurschreiberverein Karlsruhe (Gebäudebergstr. 1872 - Stolze-Straße 1906) im Vereinslokal „Krokolit“ seine ordentliche Hauptversammlung ab. Nach einleitenden Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden, Herrn Landtagsabgeordneten Scheibner, erstattete der geschäftsführende Vorsitzende, Herr Gustav Schmitt, den Geschäftsbericht. Dieser vermittelte in formvollendeter, lebendiger Darstellung ein Bild über die rege Arbeit im abgelaufenen Vereinsjahr und ließ erkennen, daß es gelungen ist, den Verein trotz ungünstiger Verhältnisse auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit zu halten. Dies bewies auch der Bericht des Vorsitzenden für das Unterrichtswesen, Herrn Verwaltungsrat Riegger, aus dem besonders hervorzuheben ist, daß die abgehaltenen Kurse des Vereins auf beachtliche Teilnehmerzahlen gekommen sind und seine Lehrgänge von insgesamt 5539 Teilnehmern durchlaufen wurden. Bei stenographischen Wettbewerben ertrugen die Vereinsmitglieder zusammen 170 Preise und auch bei den Sondersammlerwettbewerben des Bezirks, sowie bei Rüb. Wettbewerben waren sie jeweils zahlreich vertreten und unter den Besten zu finden.

Nach Entgegennahme des Kassens- und Prüfungsberichts, der eine musterhafte und sorgfältige Kassenführung der beiden Kassier, Herrn Fritz Schinzel und Fr. Anna Strauß, bewies, wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Es wurde dabei auch der verdienstvollen Arbeit des Bücher- und Zeitungswartes, Herrn Herold, gedacht und allen Vorstandemiliedern für die geleistete Arbeit gedankt. Dieser Dank kam auch in der Wiederwahl der gesamten bisherigen Vorstandsfahrt zum Ausdruck. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnungs-punkte und einem Appell zur weiteren Mitarbeit für die gute Sache des Vereins, die auf kulturellem Gebiet ein Ständiges Wiederaufbauarbeit an unserem Vaterlande ist, konnte der 1. Vorsitzende die sachlich verlaufene und auf beachtliche Beteiligung sich schließend.

### Lichtspielhäuser

#### Badische Lichtspiele

Nicht leicht dürfte es fallen zwei besser zueinander passende Menschen zusammenzubringen, als Greca Garbo und John Gilbert, zwei Liebhaber der Filmwelt allerersten Ranges. Der Film „Herr der Liebe“ ist so recht dazu geeignet, das ganze Können der beiden Schauspieler zu zeigen, er ist abgedreht nach dem Roman von Wilfred Owen und spielt in den Kreisen der englischen Gesellschaft. Der bekannte Regisseur G. Brown hat es verstanden, auch die übrigen Mitwirkenden durch nur erste Kräfte zu besetzen, von welchen besonders hervorzuheben sind: Lewis Stone, Douglas Fairbanks, Dorothy Sebastian, so daß jedem Betrachter ein genussreicher Abend gesichert ist. Recht gute Belüftung sorgen für die Erhaltung der Spielstoffe.

### Veranstaltungen

Badische Hochschule für Musik. Heute abend 8 Uhr, findet im Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik ein Violinabend, welchen die an der Musikschule tätigen Dozenten Star Schmidt (Violine) und Stadler Preß Roth (Klavier) veranstalten werden. Die Vortragstabelle weist Werke von Gernann, Jäger, R. Schalkowsky und A. Baganini auf. Karten sind noch an der Abendkasse erhältlich.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

Schulz, Montag, 27. April, 8 Uhr abends, Südbühne.

## Mängel u. Schwächen der KGO.-Bewegung!

1. Unterdrückung des Kampfeswillens der Metallarbeiterchaft;
2. Ungenügendes Vertrauen zur Führerrolle der KGO.;
3. Ungenügende und mangelhafte Durchführung unserer revolutionären Einheitsfrontpolitik;
4. Schlechte Ausnutzung und Verbindung des Kampfes gegen den Lohnraub mit den politischen Kämpfen, insbesondere gegen die Notverordnung der Brüningregierung und den Faschismus;
5. Zu schematische Formulierung der Kampfforderungen ohne Kontextualisierung derselben auf die einzelnen Betriebe, was in dem fast völligen Fehlen von betrieblichen Kampfforderungen zum Ausdruck kommt;
6. Mangelhafte Konzentration in der Organisations- und Mobilisierungsarbeit auf die wichtigsten und für die Auslösung von Kämpfen entscheidendsten Betriebe;
7. Völlig ungenügende innergewerkschaftliche Arbeit, auf die teilweise überhaupt kein Wert gelegt wurde;
8. Starke Ueberreste von gewerkschaftslegalistischen Tendenzen in einzelnen Orten und Betrieben, die besonders bei Gewerkschafts- und Betriebsfunktionären durch Ablehnung der Durchführung der Kampfanweisungen der KGO. und einer völligen Passivität in Erscheinung traten;
9. Schlechte und teilweise überhaupt nicht vorhandene Verbindung der einzelnen Bewegungen der verschiedenen Tarifgebiete untereinander;
10. Mangelhafte Unterstützung der Mobilisierungsarbeit durch die Presse, die teilweise nicht nur die wichtigsten betrieblichen Bewegungen nur im lokalen Teil behandelte, sondern oft durch ungenügend klare Berichterstattung und Stellungnahme zu den Bewegungen Verwirrung unter die Arbeiter brachte.

Diese wichtigsten politischen Schwächen wirken sich auch in den Methoden für die Organisierung der Kämpfe und die Mobilisierung der Arbeiter für den Kampf aus. Diese Mängel und Feststellungen sind nicht etwa in einer sozialdemokratischen oder Gewerkschaftssetzungen zu sehen, sondern in Nr. 6 des „Metallblat“, dem Organ der KGO. der Metallarbeiter. Das Blatt enthält Richtlinien, die in einer Resolution der Reichsleitung für die Aufgaben in der Metallindustrie niedergelegt sind. Kann eine Bewegung besser bloßgestellt werden als durch diese 10 Punkte?

Mangel an Organisationsarbeit, Mangel an gegenseitigem Vertrauen, völlig ungenügende Vorbereitung der Kämpfe, schlechtes und planloses Arbeiten während des Kampfes usw. ist der Tenor dieses Siegels der KGO. Arbeiterinnen und Arbeiter, merkt euch dieses. Sprüche hören und verteilen ist bei diesen Leuten Trumpf. Das Schlimmste auf die Gewerkschaften und ihre Führer entwirft der eigenen Ohnmacht und ist der Ausdruck der Angst, weil jeder ehrliche Arbeiter und Arbeiterin sich mit Ekel von diesen Elementen wendet.

Wie sie aber ihre eigenen Anhänger geradezu für blödsinnig hält,

geht auch aus folgenden Zeilen, die in der oben angeführten schwulstigen Resolution stehen, hervor. Dort heißt es u. a.:

„In Bielefeld, Stettin und Mainz, wo unter dem Druck der Arbeiter die Gewerkschaftsbürokratie der Streik sanktioniert werden mußte, war die KGO. zu schwach, um Einfluss oder gar die Führung im Kampfe zu gewinnen.“

Wer lacht da nicht? Also unter dem Druck der Arbeiter wurde gestreikt, aber die KGO. war zu schwach, um zu führen. Diese Arbeiter waren aber reiflos im DWA. organisiert, also hat der DWA. den Streik proklamiert. Wie soll denn anders sein? In den freien Gewerkschaften beschließen die Mitglieder den Streik. Bei der KGO. die kommunistische Partei. Das ist der Unterschied, aber auch die Ursache, warum bis heute die Bewegungen der KGO. sämtlich elend zusammengebrochen sind. Überall waren aber die Arbeiter dabei die Dummen und verlusten nach dem Zusammenbruch stets die KGO. und ihr Anhängel die KGO.

Es kommt aber noch besser. Man lese folgenden Satz, der gleichfalls in der Resolution steht:

„Genauso von besonderer Bedeutung war der Kampf der Arbeiterchaft der Firma Bels in Erfurt, die unter Führung der KGO. mit 550 Mann trotz der Sabotage der Reformisten in den Kampf trat. Der Streik, der mit größter Erbitterung gegen den Faschisterror geführt wurde, erlag auch hier dem organisierten Streikbruch der DWA.-Bürokratie.“

Also dieser Kampf wurde unter Führung der KGO. geführt, er brach zusammen und „Schuld“ daran war die verfluchte Gewerkschaftsbürokratie des DWA. — trotzdem sie nach den eigenen Angaben der KGO. nichts zu sagen hatte.

Dann lese man noch folgendes krauses Zeug in folgendem Satz:

„Bei den Kämpfen der Metallarbeiter in Lüdenscheid, bei denen die KGO. die Initiative in der Auslösung des Kampfes hatte, war sie politisch und organisatorisch noch zu schwach, um den Kampf, der unter dem Druck der Arbeiterchaft von der Gewerkschaftsbürokratie sanktioniert werden mußte, nach der Abwägung des Kampfes durch die Gewerkschaften fortzuführen.“

Hier also hatte die KGO. die Initiative ergriffen, daß der Kampf „ausgelöst“ wurde, dann war sie aber auf einmal zu schwach, um den Kampf weiter zu führen. Solch ungerichtetes Zeug mag die KGO. ihren Lesern aufzuzischen. O Sancta Simulzitas!

Angehts solcher Vorgänge gibt es noch Leute, die sich wundern, warum die Bewegung der KGO. keinen Fuß fassen kann. Wer solche Blödsinnigkeiten den eigenen Mitglidern vorlesen kann, braucht sich doch wahrlich nicht zu wundern, wenn verständige Menschen sich mit Absehen von einem derartigen Gebilde wenden. Wir haben schon oft bewiesen, daß das Maulwerk der KGO.-Leute recht groß, aber ihre Taten um so kleiner sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Weidet nach wie vor diese Gesellschaft, die nur eines fertig bringt: die Arbeiterchaft in noch tieferes Elend zu stürzen. Euer Platz ist in den freien Gewerkschaften. Ga.

**Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe**

**Bürgerausschuhfraktion**  
Auf die heute abend 7.30 Uhr stattfindende Fraktions-sitzung im Stadtratsgebäude sei nochmals hingewiesen.

**Maiserei 1931**  
Die Mitglieder unserer Parteiorganisation nehmen an der vom VDSG. Ortsauschuh Karlsruhe, getrockneten Wagnerveranstaltung teil.

**Aufstellung des Demonstrationzuges** halb 10 Uhr vormittags auf dem Festhalleplatz.

Gleichzeitig fordern wir unsere Mitglidder auf, an der von der Volksingakademie am Abend des 1. Mai in der städt. Festhalle stattfindenden Konzertveranstaltung sich zahlreich zu beteiligen. Dieses Konzert, in dem das Werk „Die Befreiung“ aufgeführt wird, dürfte die richtige Weltbegeisterung für den Weltfeiertag auslösen.

**Genossinnen und Genossen! Folgt unseren Anweisungen. Teilnahme an der Demonstration ist höchste Pflichterfüllung! Heraus zur Demonstration!**  
Der Vorstand.

### Literatur

Aus an dieser Stelle besprochenen und angeforderten Bücher und Zeitschriften können von unserer Verlagsbuchhandlung bezogen werden.

**Waiszeitung 1931.** 20 Seiten um. ng. Preis 25 Pfg. Die diesjährige Waiszeitung, herausgegeben vom Verlag J. D. W. Dieck Nachf., Berlin, steht im Zeichen des Kampfes gegen Nationalsozialismus und soziale Reaktion. Den schreienden Widerspruch, in den die kapitalistische Welt geraten ist, zeigt W. Bittmann in wichtigen Sähen auf, vom gewerkschaftlichen Standpunkt beleuchtet Peter Graumann dasselbe Thema, Tony Sender behandelt in erregenden Worten das Arbeitslosienend, zu praktischer Arbeit ruft Friedrich Helme die Jugend auf. Zu rühmen ist die immonierende künstlerische Ausstattung, die der Verlag der Waiszeitung hat angedeihen lassen, und die die Zeitschrift zu einer gradblühenden Musterleistung gemacht hat. Zu beziehen durch unsere Verlagsbuchhandlung und deren Vertriebsstellen.

**RESTE**

Ab Montag früh 8.30 Uhr verkaufen wir Reste u. Ab-schnitte in Kleiderstoffen, Baumwollwaren Gardinen u. Spitzen zu einem Bruchteil des eigentlichen Wertes

Preis-Beispiele:  
Handtuchrest ca. 2 m ..... -45  
Hemdenflanellrest ca. 3/2 m ..... 1.75  
Schürzenrest 115 cm br. (ca. 1 1/2 m) ..... 1.15  
Kleiderrest für Hauskleid (ca. 4 m) ..... 1.75  
Etamrest 150 cm br. (1 1/2 m) ..... -95  
Lannhausgardinenrest ca. 4 m ..... 1.50  
Klappel- u. Stickereireste von .08 an

Ein Posten Frotteehandtücher Stck. -45

**Schmoller**

Ein Posten Herrenschon-lücher farbig . . . St. 20,-

ALLE Farben u. Lacke FÜR DEN Hausgebrauch GUT u. PREISWERT IM Farbenhaus Weststadt KÖRNERSTRASSE 42 ECKE SOFIESTRASSE

**Erholungsheim** der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden für Frauen und Mädchen sowie Ehepaare. Verpflegungssatz 4.00 RM. täglich, für Kassen u. auswärtige Selbstzahler 5.00 RM. Anmeldungen von 8 bis 10 Uhr werktäglich beim 9.6

**Städtischen Krankenhaus Karlsruhe**

**Haus der Gesundheit** Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Straße 1. Nachmittagskurs für Mütter und junge Mädchen über Gesundheitspflege und Erziehung im Kindesalter. Kursbeginn: 4. Mai 1931, jeweils Montags und Donnerstags von 1/2 bis 1/2 Uhr. Kursdauer: 16 Doppelstunden. Kursgebühr: 10.4. auf Antrag Ermäßigung

2. Spiel und Liedertanz für Mütter. Kursbeginn: 5. Mai 1931; jeweils Dienstags von 8 bis 10 Uhr abends. Kursdauer: 3 Doppelstunden. 3204 Kursgebühr: 2.4

3. Balletkurs für Kinderpflege. Kursbeginn: 6. Mai 1931; jeweils Mittwochs von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Kursdauer: 6 Nachmittage. Kursgebühr: 6.4

Wanneldanger: Haus der Gesundheit Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Str. 1, Tel. 6880/81.

Zu verkaufen: Leichter Handwagen, 2 Fenster 1.20 br. mal 1 m Breite, u. 0.78 br. mal 0.61 m Gewicht. Schneidemaschine, Schneidemaschine, Eisenherd, Straße 72, Söller.

Frauer Geldbeutel mit 2 Brusttaschen am Freitag abend verloren gegangen. Abzugeben bei Adolf Martin, Baumeisterstr. 30, L.

**DER WEBER STUMPEN**

in seiner bekannt traditionellen Güte, aromatisch und mild, vorzüglich gemischt und abgelagert

**WIRD AM MEISTEN GERAUCHT!**

**WEBER SÖHNE A.-G. MENZIKEN, Schweiz.**

**WEBER SÖHNE G.m.b.H. SCHACHEN, Baden.**

1108

Vertretung für Mittelbaden und badisches Oberland: Andreas Krämer, Freiburg i. B., Hildstr. 33, Telefon 6628

**Die Zeitung des Fortschritts** Unsere Druckerei fertigt Drucksachen in gediegener wirkungsvoller Ausführung

**Volksfreund** **INSERATE**

haben durch die weite Verbreitung und den großen Leserkreis besten Erfolg

WALDSTR. 28. FERNRUF 7020/21



